

In Johannisthal schließt ein REWE

Für die Menschen entsteht eine Versorgungslücke



In den letzten Wochen gab es zahlreiche Gerüchte über die Schließung des REWE-Marktes am Sterndamm 140. Tatsächlich wird dieser REWE-Markt zum 31. Mai 2025 geschlossen und dann an den Eigentümer ALDI übergeben. Für die Menschen in Johannisthal-Süd bedeutet dies ein riesiges Problem.

Zugleich beabsichtigt ALDI den Markt in der Winckelmannstraße abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. Hierzu soll hoffentlich im Mai 2025 ein entsprechender Bauantrag beim Bezirksamt Treptow-Köpenick eingereicht werden. Die Genehmigung dieses Bauantrages könnte nach gut 6 Monaten vorliegen, sodass ALDI Ende 2025 / Anfang 2026 mit dem Neubau beginnen könnte. Dieser Zeitablauf ist aber noch mit vielen Fragezeichen behaftet. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es noch viel länger dauern kann, bis der Bau in der Winckelmannstraße beginnen kann. Während der Bauzeit soll der ALDI-Markt aus der Winckelmannstraße in die Räumlichkeiten am Sterndamm 140 umziehen.

Das bedeutet jedoch, dass es nach der Schließung des REWE-Marktes bis zum

Beginn der Bauarbeiten keinen Supermarkt im direkten Umfeld geben wird. Die nächstgelegenen Einkaufsmöglichkeiten sind fußläufig schwer erreichbar. Eine fatale Situation für viele Menschen.

Was langfristig mit dem Gebäude am Sterndamm 140 passiert, ist derzeit auch noch unklar. Es ist möglich, dass das Grundstück verkauft wird. Ebenso ist der Bau eines zweiten ALDI-Marktes denkbar. Konkrete Pläne hat ALDI jedoch noch nicht geschmiedet.

Ich bin mir bewusst, dass diese Veränderungen für viele Bewohnerinnen und Bewohner eine große Belastung darstellen. Leider habe ich als Politiker keinen Einfluss auf ALDI. Weder können das Bezirksamt noch ich die Schließung verhindern oder aber z.B. die Aufstellung eines mobilen Verkaufstandes anordnen. Auch wenn ich die Entscheidungen nicht direkt beeinflussen kann, werde ich alle meine Kontakte nutzen, um auf die Situation hinzuweisen und eine Lösung zu finden. Mein Ziel ist es, dass es für die Zeit ab Juni sowie nach dem Umbau des ALDI-Marktes in der Winckelmannstraße eine Lösung gefunden wird.

Erneute Verzögerung beim Fahrstuhl

Fertigstellung nun hoffentlich in diesem Jahr



Die Barrierefreiheit am S-Bahnhof Johannisthal lässt weiterhin auf sich warten. Ursprünglich für 2024 geplant, verzögert sich der Bau des neuen Fahrstuhls am Ausgang auf Johannisthaler Seite nun bis mindestens Ende 2025.

Laut der Deutschen Bahn AG wurde die Vorentwurfsplanung bereits im Dezember 2022 abgeschlossen. Im Anschluss folgte die Entwurfsplanung, die einige technische Herausforderungen berücksichtigen musste. Die finanzielle Grundlage wurde geschaffen, und es begann die Vergabe der Bauleistungen. Jedoch führte der Mangel an Kapazitäten auf dem Markt, insbesondere im Bereich der technischen Ausrüstung zu erheblichen Verzögerungen. Mehrere Ausschreibungen blieben ergebnislos, da aufgrund der

angespannten Marktlage im Baugewerbe nicht genügend Personal und Material zur Verfügung steht.

Der Aufzug wurde bereits im März 2019 durch die Senatsverwaltung bestellt. Erst im Sommer 2024 konnte dann nach Abschluss der Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie der geprüften Bauplanungsunterlagen ein entsprechender Vertrag zwischen der DB InfraGO AG und dem Land Berlin unterzeichnet werden. Mit dem Abschluss des Finanzierungsvertrags sind nun keine weiteren Abstimmungen mit der Senatsverwaltung erforderlich. Die Deutsche Bahn plant, den Fahrstuhl ab dem vierten Quartal 2025 zu errichten. Damit verzögert sich das Projekt jedoch um mindestens ein Jahr gegenüber den ursprünglichen Plänen.

So bin ich ansprechbar:

KIEZBÜRO „AnsprechBar“
Siemensstraße 15, 12459 Berlin
E-Mail: wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 40 74 22 73

ABGEORDNETENHAUS
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de
Telefon: 030 / 23 25 22 90

Montag 10-18 Uhr
Dienstag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-15 Uhr
Donnerstag 10-15 Uhr

ODER DIREKT unter
0179 / 39 34 615

(auch per WhatsApp, Signal oder Telegram)



SPD
Zeitung von Lars Düsterhöft
AnsprechBar
für Sie im Abgeordnetenhaus Berlin

Ausgabe April 2025

Produziert mit Co2-Ausgleich

Prinzipien sind nicht verhandelbar

Haltung zeigen in schwierigen Zeiten

Erinnern wir uns kurz zurück an den Wahlkampf. Da wurde „Klartext“ geredet: „Kein Aufweichen der Schuldenbremse!“ rief Friedrich Merz. Was vor wenigen Wochen für ihn noch eine „sozialistische Schuldenorgie“ war, ist plötzlich „flexibel interpretierbar“. Der ewige Verfechter der schwarzen Null scheint nach Jahren der Haushaltsdisziplin, der Kürzungen und Sparpolitik, doch in der Realität angekommen zu sein. Ohne Investitionen wird es nicht gehen.

Auch wenn ich es begrüße, dass Realitäten anerkannt werden und wir endlich Investitionsdefizite - die Sperrung der A100 am Dreieck Funkturm ist ein Beispiel - anerkennen und angehen. Es ist nicht vermittelbar, dass wir im Abgeordnetenhaus von Berlin gleichzeitig bei der sozialen Infrastruktur kürzen sollen. Denn diese sozialen Leistungen sind nur teilweise mit einem Gesetz unterlegt, oftmals sind es „freiwillige Leistungen“, die bei Kürzungsdebatten schnell unter Druck geraten.

Als sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion besuche ich seit Jahren hunder-

te soziale Angebote in Berlin. Ich fahre mit dem Kältebus durch Berlin, laufe mit Straßensozialarbeiterinnen und Straßensozialarbeitern durch unsere Straßen und schaue genau hin. Bisher habe ich kaum ein Angebot kennengelernt, das unsinnig ist. Im Gegenteil. Ich sehe den Bedarf mehr zu tun. Denn so toll unsere Stadt ist, sie ist auch chaotisch, laut und voller Menschen, die Unterstützung benötigen.

Politik zu machen, heißt Kompromisse zu schließen und mit Konkurrenten zusammenzuarbeiten. Davon lebt unsere Gesellschaft. Das heißt aber nicht, dass man seine Prinzipien über Bord werfen darf! Und dafür stehe ich ein. Eines meiner Prinzipien ist, dass ich nicht erst warte, bis das Kindeswohl gefährdet oder die Obdachlosigkeit eingetreten ist. Und zu meinen Prinzipien gehört, dass ich diesen Menschen helfe. Auch im Interesse aller anderen Menschen, die vielleicht von diesen Problemen nicht betroffen sind, aber froh über den sozialen Frieden in unserer Stadt sind.

Ihr Lars Düsterhöft

Verkehrskonzepte im Praxistest

Eine Straßenbahnhaltestelle am Griechischen Platz

Die temporäre Straßenbahnhaltestelle an der Kreuzung Siemensstraße / Edisonstraße (Griechischer Platz) hat während der Bauarbeiten in Schöneweide vielen Menschen das Umsteigen erleichtert. Doch mit dem Ende des Schienenersatzverkehrs wurde sie wieder abgebaut – und eine dauerhafte Einrichtung lässt auf sich warten.

Auf meine parlamentarische Anfrage antworteten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) dass die Haltestelle gut angenommen wurde. Die Fahrgastzahlen lagen auf dem Niveau regulärer Haltestellen, was zeigt, dass ein Bedarf besteht. Allerdings argumentiert die BVG, dass diese Zahlen nicht direkt auf eine dauerhafte Nachfrage schließen lassen, da die Haltestelle nur als Umsteigepunkt für den Ersatzverkehr diente. Für viele Fahrgäste war der Halt eine praktische Ergänzung. Gerade für den dicht besiedelten Stadtteil Schöneweide könnte ein dauer-

hafter Halt an dieser Stelle eine echte Verbesserung der Verkehrsanbindung bedeuten.

Die gute Nachricht zuerst: Eine neue Haltestelle ist im Verkehrskonzept für Schöneweide vorgesehen. Auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Erarbeitung dieses Konzeptes wurde diese Haltestelle durch die Bürgerinnen und Bürger aus Oberschöneweide gewünscht. Aber: Es gibt weder einen konkreten Zeitplan noch Ausschreibungen oder detaillierte Planungen. Die Haltestelle wurde von der Senatsverwaltung für Verkehr „bedingt bestellt“, d.h. offiziell ist sie in den Planungen enthalten, es müssen aber noch bürokratische Hürden genommen werden. Erst wenn die baulichen Voraussetzungen geschaffen wurden, personelle und betriebliche Verfügbarkeiten geprüft wurden, kann die Haltestelle kommen. Ein Prozess, der sich noch über Jahre hinziehen wird.

Sie sollen nicht im Regen stehen

Warten auf das Wartehäuschen

Seit 2017 kämpfe ich für ein simples Anliegen: Ein Wartehäuschen an der Haltestelle Sterndamm/Schule.

Eine Bürgerin hatte sich damals an mich gewandt – zu Recht. Wer dort auf den Bus wartet, steht bei Regen, Wind oder Hitze schutzlos da. Kein Luxus, nur ein Dach über dem Kopf, das war ihr Wunsch für diese Haltestelle.

Doch der Gehweg ist zu schmal und der angrenzende Grünstreifen gehört der STADT UND LAND. Diese würde gern der BVG den Streifen überlassen. Und trotzdem: 7 Jahre Stillstand!

Seit 7 Jahren nerve und drängle ich. Gerade ist in der Sache wieder etwas Bewegung. In solchen Fällen frage ich mich, was meine Rolle als Abgeordneter ist.

Die Schöneweider Tunnel-Saga

Ein Drama in vielen Akten und hoffentlich nicht „offenen“ Ende



Wer in Schöneweide unterwegs ist, kennt ihn – oder vielmehr das, was von ihm übrig ist: Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide, einst eine wichtige Verbindung unter der vielbefahrenen B96a, ist heute nicht mehr als ein abgesperrter, langsam verfallender „Lost Place“, ein Schandfleck und eine Müllkippe.

Seit einem Brand im Dezember 2016 ist der Tunnel geschlossen, seitdem zieht sich die Diskussion um seinen Rückbau oder eine mögliche Sanierung endlos hin. Nun gibt es zumindest ein bisschen Bewegung in der Sache – doch von einer schnellen Lösung kann weiterhin keine Rede sein. Im Gegenteil.

Laut der Antwort der Senatsverwaltung auf meine aktuellste schriftliche Anfrage ist weiterhin der Plan: Der Tunnel wird nicht saniert, sondern (teilweise) verfüllt. Der Bereich unter den Fahrbahnen der Michael-Brückner-Straße / B96a soll vollständig zugeschüttet werden. In den angrenzenden Platzbereichen – also Richtung Michael-Brückner-Platz und

Bahnhofsvorplatz – wird der Tunnel bis zu 1,50 Meter unter der Geländeoberkante zurückgebaut und dann ebenfalls verfüllt. Klingt nach einem klaren Fahrplan. Doch wie so oft steckt der Teufel im Detail!

Bevor es richtig losgeht, mussten erst unzählige Behörden, Ämter und Dritte eingebunden werden: das Bezirksamt Treptow-Köpenick, das Stadtplanungsamt, das Straßen- und Grünflächenamt, das Umwelt- und Naturschutzamt, die BVG, die Deutsche Bahn – kurz: eine beeindruckende Liste an Beteiligten, die alle etwas zur Planung zu sagen hatten. So wurden etwa natur- und umweltschutzrechtliche Aspekte geprüft, die denkmalgeschützten Wandmosaiken begutachtet und die Abbruchtiefe diskutiert. Dies im Detail nachvollziehen zu können, fällt auch mir schwer.

Erst danach konnte die Beauftragung eines Ingenieurbüros erfolgen, das nun für die Planungen verantwortlich ist. Ein weiteres Vergabeverfahren läuft gerade, um die vier Wandmosaiken des Berliner

Künstlers Klaus Roenspieß fachgerecht auszubauen und zu sichern. Wo sie später einmal wieder aufgestellt werden, ist jedoch noch immer unklar – passende Standorte werden seit geraumer Zeit geprüft.

Eine interessante Frage ist, was die jahrelange Hängepartie den Steuerzahler eigentlich kostet. Überraschenderweise gibt die Senatsverwaltung an, dass keine monatlichen Kosten für die Absperrung entstehen, da diese einmalig bezahlt wurde. Kosten fallen lediglich an, wenn etwa Reparaturen an den Absperrungen nötig sind oder es – wie im letzten Jahr – zu einem Brand im Fahrstuhlschacht kommt und dieser wieder gesichert werden muss. Dass der Bereich um den ehemaligen Tunnel trotzdem immer wieder zur Müllkippe verkommt, ist allgemein bekannt.

Aktuell sollen die Rückbauarbeiten der technischen Anlagen laufen. Bauarbeiter habe ich bisher noch nicht gesehen. Danach sollen die Mosaiken gesichert wer-

den, bevor dann der eigentliche Tunnelrückbau beginnt. Wann genau das passieren soll? Laut Senatsverwaltung ist das noch nicht festgelegt. Immerhin: Der Rückbau des Tunnels soll vor der geplanten Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes abgeschlossen sein. Umgekehrt klingt es aber weniger optimistisch: Erst wenn der Tunnel zurückgebaut ist, wird es offensichtlich mit dem Vorplatz vorangehen.

Die Schöneweiderinnen und Schöneweider haben es inzwischen gelernt: Wer auf eine schnelle Lösung hofft, sollte seine Erwartungen nicht zu hoch ansetzen. Das jahrelange Tauziehen um Rückbau oder Sanierung hat gezeigt, dass große Bauprojekte in Berlin nicht nur teuer, sondern vor allem langwierig sind. Wenigstens gibt es jetzt eine Richtung – auch wenn sich das Drama noch eine ganze Weile hinziehen wird.

Sie können sich darauf verlassen, dass ich dran bleibe, die Verwaltung nerve und Sie informiere.

Sprechstunde von Rechtsanwalt Voigt

Jetzt anmelden für die Rechtsberatung am 14. Mai

Alle zwei Monate berät Sie bei Bedarf Rechtsanwalt Stefan Voigt im Rahmen einer kostenlosen Erstberatung. Melden Sie sich jetzt für die Rechtsberatung am **14. Mai 2025, 17 bis 18:30 Uhr** an.

Stefan Voigt ist auf das Sozialrecht spezialisiert, hilft aber auch bei allen anderen Rechtsfragen gern weiter. Bei Bedarf vermittelt er an spezialisierte Kolleginnen und Kollegen

Bei der Beratung handelt es sich um eine kostenfreie Erstberatung. Sollte es zu weiteren Beratungen oder zur Beauftragung des Rechtsanwalts kommen, geschieht dies außerhalb der kostenfreien Rechtsberatung. Eine Anmeldung kann per Mail oder Telefon in meinem Büro erfolgen.

Die nächste Rechtsberatung findet statt am **16. Juli 2025**.